

HAUSHALTSREDE 13.12.2021 für die GRÜNE KREISTAGSFRAKTION

Meine Damen und Herren,

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“. Man weiß nicht genau, ob dieser Satz von Kurt Schumacher oder von Erwin Teufel stammt. Aber richtig ist er allemal und eine Wirklichkeit im Kreis Calw ist die Schuldenentwicklung, die in den komm. Jahren von unter 70 auf knapp 170 Mio ansteigen wird. Der größte Teil davon geht auf unsere Krankenhaus- Baumaßnahmen zurück, allein im komm. Jahr 45 Mio, weil wir ja auch in Calw jetzt richtig losgelegt haben. Wir wollen keine Zweifel aufkommen lassen, auch wir Grünen stehen zu diesen Investitionen in die Wohnortnahe Akutversorgung, deren Bedeutung mit der Corona-Krise noch einmal stärker wurde.

Verschuldung für Zukunftsprojekte ist nichts Verwerfliches, aber dennoch ist klar, dass wir mit dieser geplanten Kreditaufnahme eine neue Dimension erreichen, und auch bei noch so niedrigen Zinsen gilt: getilgt werden müssen diese vielen Millionen in den kommenden Jahren. Dass wir der jungen Generation ohnehin große Herausforderungen aufbürden, ist längst unbestreitbar. Deshalb muss uns alles recht sein, was diesen Schuldenberg um 10 oder 20 Mio niedriger ansteigen lässt. Bevor wir also positive Jahresabschlüsse immer gleich wieder auskehren, wäre es doch naheliegender, die Kreditaufnahmen damit etwas abzufedern.

Für den „laufenden Betrieb“ hatten wir im Frühjahr eine intensive Beratungsrunde in der Haushaltsstrukturkommission, mit einigen guten Ergebnissen, aber auch mit der Erkenntnis, dass nennenswertes Potenzial bei Leistungs- oder Aufgaben- Kürzungen nicht auszumachen war. Im investiven Bereich sind wir gerne bereit, nach dem Prinzip „Eins nach dem anderen“ Projekte zu schieben. Aber der grundsätzliche Bedarf lässt sich weder bei Digitalisierung noch bei Straßenmeistereien oder Feuerwehr- Dienstleistungszentrum bestreiten.

Leider hat einmal mehr das Thema Kreisumlage die Projekte und Leistungen des Kreises stark überlagert. Wir glauben, dass diese mit Weitsicht und Kontinuität vorausgeplant werden muss. Bei zwangsläufig ansteigenden Tilgungsraten wird auch die Kreisumlage weiter steigen müssen, und eine Achterbahnfahrt wie zwischen 2016 und ´19 kann am Wenigsten im Interesse der Gemeindeglieder liegen. Vor diesem Hintergrund hielten wir 30,6 % für einen guten Vorschlag. Weil wir aktuell keine großen Konflikte auf der Ausgabenseite haben, ist uns aber auch an einem Kompromiss gelegen. Deshalb folgen wir dem Vorschlag des Landrats, den erhöhten Kopfbeitrag teilweise weiterzugeben und werden zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wir sollten uns generell an der mittelfristigen Entwicklung orientieren, zu deren Rahmenbedingungen auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung gehört:

- verkehrspolitisch gibt dieser eine klare Richtung vor. Die Fahrgastzahlen im ÖPNV sollen deutlich steigen. Ich glaube, da sind wir mit dem Studentakt und dem Pilotprojekt „kostenloses Wochenende“ auf dem richtigen Weg. Das Ticketsystem muss auf jeden Fall digitaler, einfacher und preiswerter werden. Das ist im Übrigen auch ein Zeitfaktor, wenn Busfahrerinnen sich nicht mehr um Fahrscheine kümmern müssten. Unsere langfristige Vision ist, dass alle Kreisbewohner ein Jahresticket haben. Realität sind aber auch die immensen Kostensteigerungen und deshalb muss der Bund bei diesem Thema auch weitere finanzielle Unterstützung bieten.

- In Sachen Verkehrsinfrastruktur setzen Bund und Land nun voll auf die Schiene. Wir begrüßen ausdrücklich die vom Landesverkehrsministerium initiierte und großzügig geförderte Machbarkeitsstudie zu verschiedenen Lösungen für die Nagolder Anbindung. Die HermannHesseBahn ist schon im Bau, deren Kredite kommen übrigens noch hinzu, die sind „ausgelagert“ in den Zweckverband. Die alte Württembergische Schwarzwaldbahn - ich mache kein Hehl daraus, dass ich diesen Begriff nicht ganz unter den Tisch fallen lassen will - fuhr einstmals als durchgängiger Zug von Stuttgart Hbf bis Calw, zeitweise sogar bis Nagold. Dass dieses langfristige Ziel als Endausbaustufe möglich ist, hat Verkehrsminister Herrmann bei der Tunneltaufe angedeutet. Auch wenn das nicht morgen sein wird, müssen heute die politischen Weichen dafür gestellt werden, technisch geht es zunächst mal um die Querungsmöglichkeit bei Zuffenhausen. Auch dies ist im Übrigen ein Feld, wo wir uns mit dem Kreis Böblingen zusammenraufen sollten, um dieses gemeinsame Interesse umso stärker voranzubringen.
- bei Sanierung/ Umbau/ oder Erweiterung von Bestandsgebäuden will die neue Koalition ab 2024 die energetischen Standards erhöhen. Wir unterstützen daher den Antrag der Freien Wähler im Blick auf die kreiseigenen Gebäude und weisen bescheiden darauf hin, dass wir bereits 2018 ähnlich Lautendes beantragt hatten.
- Wir fordern im Übrigen ausdrücklich, dass zukünftig bei allen Planungsleistungen von vornherein die energetische Fachplanung eingefordert und beauftragt werden muss, gerade auch im Blick auf die attraktiven Zuschussmöglichkeiten.
- vor wenigen Wochen war das Richtfest am Anbau des Schülerwohnheims auf dem Wimberg, wo wir in Partnerschaft mit dem DeHoGa- Landesverband den Calwer Berufsschulstandort insgesamt stärken und langfristig sichern. Auf unsere Forderung hin entsteht dieser Neubau im KfW55- Standard. Laut Koalitionsvertrag soll ab 2025 für Neubauten sogar KfW40 verpflichtend gelten. Grund genug, schon heute alle Neubauten daran auszurichten. Mehr dazu bereits beim nachfolgenden TO- Punkt Straßenmeisterei.

Meine Damen und Herren, ich glaube, spätestens nach diesem ablaufenden Jahr muss uns klar sein, dass wir beim Klimaschutz endlich liefern müssen. Wir müssen dabei viel konsequenter Investitionen an Ihren Klimatologischen Auswirkungen ausrichten. Wir glauben z. B., dass der Straßenausbau zwischen Walddorf und Rohrdorf einfach nicht wichtig genug ist und vorläufig auf Eis gelegt werden sollte. Bei der entsprechenden Abstimmung hatten wir dies schon zum Ausdruck gebracht.

Über dieses Einzelbeispiel hinaus fordern wir jedoch einen sogenannten Klimavorbehalt bei allen Entscheidungen. Klima- positive Investitionen müssen endlich Vorrang bekommen, Klimanegative dürfen nur noch ausdrücklich begründete Ausnahmen sein. Wenn also Kredite aufgenommen werden, dann müssen sie wenigstens 100%- zukunftsstauglich sein. Der Nachbarlandkreis Tübingen hat so einen Klimavorbehalt vor wenigen Wochen beschlossen.

Mit diesem Ausblick danke ich für die Aufmerksamkeit

Johannes Schwarz